

Grünliberale wollen zurück in den Nationalrat

Wahlen Das Ziel der St. Galler Grünliberalen für die nationalen Wahlen im Herbst ist klar: Sie wollen den vor vier Jahren verlorenen Nationalratssitz zurückerobern. Und sie wollen mindestens einen Wähleranteil von sieben Prozent erreichen. Das gaben sie gestern an einer Medienorientierung bekannt. Dabei setzen sie nicht zuletzt aufs Klima. Es brauche ein «ambitioniertes Inlandziel», so die Grünliberalen. Sie fordern denn auch einen «klimapolitischen Befreiungsschlag» beim CO₂-Gesetz.

Ihre Wahlziele wollen die Grünliberalen mit fünf Frauen und sieben Männern erreichen. Darunter finden sich prominente Quereinsteiger wie Pietro Vernazza, Chefarzt Infektiologie am Kantonsspital St. Gallen. Dass der renommierte Mediziner und international anerkannte HIV-Spezialist für die St. Galler Grünliberalen ins Rennen steigt, war bereits im Vorfeld durchgesickert (Ausgabe von gestern). Beim Blick auf die Liste fällt auf: Sie ist stark stadtlastig; zehn der zwölf Kandidierenden stammen aus der Stadt St. Gallen.

Die Jungen Grünliberalen, die zur zweitstärksten Jungpartei im Kanton aufsteigen wollen, treten mit einer eigenen Liste an; sie haben ihre Kandidatinnen und Kandidaten bereits im März nominiert. Nachstehend die Hauptliste:

Thomas Brunner, 1960, Klimatologe, Stadtparlamentarier, Fraktionspräsident, St. Gallen.

Marisa Gut, 1984, Technikerin HF Polygrafie, Autorin, St. Gallen.

Daniel Hardegger, 1983, Historiker, Verhandlungs- und Netzwerkperte, Engelburg.

Rahel Hautle-Angst, 1972, Ärztin für Medizinische Onkologie, St. Gallen.

Nadine Cloé Niederhauser, 1982, Ärztin für Augenheilkunde, Stadtparlamentarierin, Präsidentin kantonale GLP, St. Gallen.

Sabina Ruff, 1962, Gemeinde- und Stadtentwicklerin, St. Gallen.

Reto Schmid, 1978, Geschäftsführer Vereinigung für Umweltschutz, Vorstand WWF, St. Gallen.

Oliver Schmid-Schönbein, 1963, Unternehmensberater für Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement, St. Gallen.

Philipp Schönbächler, 1977, Informatik-Projektleiter, Vizepräsident kantonale GLP, St. Gallen.

Jörg Tanner, 1976, Gemeindepräsident, Kantonsrat, Sargans.

Pietro Vernazza, 1956, Chefarzt Klinik für Infektiologie/Spitalhygiene Kantonsspital, St. Gallen.

Jeannette Worden, 1981, Biomedizinische Analytikerin und Labormanagerin, St. Gallen. (rw)

ANZEIGE



Ständeräte auf Kollisionskurs

Nationalstrassen Der Ständerat lehnt es ab, die Bodensee-Thurtal-Strasse in der Planung nach vorn zu rücken. Ein Thurgauer Rettungsversuch scheitert: Nicht einmal alle Ostschweizer Ratskollegen stehen dahinter.

Adrian Vögele, Bern
adrian.voegele@tagblatt.ch

Von der Überholspur zurück auf die Normalspur! Etwa so lautet das neueste Signal aus Bundesbern für die geplante Bodensee-Thurtal-Strasse (BTS). Der Ständerat gibt dem Vorhaben keine besondere Priorität und stellt sich damit gegen den Nationalrat. Dieser hatte die BTS in der Frühjahrssession in den Ausbauschnitt 2019 der Nationalstrassen aufgenommen. In letzter Minute kamen damals auch zwei weitere Anträge durch – für den Muggenbergtunnel im Kanton Baselland und für die Zürcher Oberlandautobahn. Der überaus grosszügige Beschluss war im Nachhinein sogar strassenfreundlichen Nationalräten nicht mehr geheuer. Der Fall schien klar: Das Fuder war überladen, der Ständerat würde korrigierend eingreifen. Genau dies ist nun am Donnerstag geschehen.

Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga betonte im Ständerat, in den Ausbauschnitt 2019 gehörten nur Projekte, die bis 2023 baureif seien. Die drei genannten Projekte habe der Bund aber noch nicht geprüft – Nutzen, Wirksamkeit und Kosten seien unklar. Diese Vorhaben nun zu bevorzugen, sei unfair gegenüber anderen Regionen. «Es gibt schweizweit noch etwa 20 andere vergleichbare Projekte.» Die Mehrheit des Ständerats unterstützte diese Haltung.

Häberli macht nochmals Druck

Brigitte Häberli-Koller (CVP/TG) hatte in der Verkehrskommission den Antrag gestellt, die BTS im Ausbauschnitt 2019 zu belassen. Die Planung sei weiter fortgeschritten als bei Muggenbergtunnel und Oberlandautobahn. Das Thurgauer Stimmvolk habe die BTS schon 2012 gutgeheissen und die Kosten seien klar: 1,56 Milliarden Franken. Auch handle es sich um eines der grössten Lärmschutzprojekte der Schweiz- und Lärmschutzprojekte seien gemäss Bund prioritär zu



Der Ständerat will keine Sonderbehandlung für die geplante Schnellstrasse zwischen Bonau (Bild) und Arbon.

Bild: Nana do Carmo

behandeln. Roland Eberle (SVP/TG) plädierte ebenfalls für die BTS. Die Thurgauer Bevölkerung habe ein Recht darauf, dass der Bund diese Lücke rasch schliesse. Die Stimmen blieben ohne Erfolg: Der Ständerat lehnte Häberlis Antrag mit 33 zu 11 Stimmen ab.

Die Ostschweizer Ständeräte waren geteilter Meinung: Nebst den beiden Thurgauer Ständevertretern stimmte nur Benedikt Würth (CVP/SG) für den BTS-Antrag. Andrea Caroni (FDP/AR)

und Daniel Fässler (CVP/AI) lehnten ihn ab, Paul Rechsteiner (SP/SG) war bei der Abstimmung abwesend.

Fässler und Caroni sagen Nein

Zwar wäre der BTS-Antrag auch durchgefallen, wenn sämtliche Ostschweizer Ständeräte zugestimmt hätten. Dennoch: Warum hat hier die Ostschweizer Solidarität nicht gespielt? Caroni nennt zwei Gründe für sein Nein: Zum

einen sei es der falsche Zeitpunkt: Die BTS-Strecke gehe erst 2020 ins Eigentum des Bundes über, und das ordentliche Verfahren sei einzuhalten. Es gebe zudem noch ein zweites Ostschweizer Nationalstrassenprojekt, das in der Planung kaum weniger weit fortgeschritten sei als die BTS: den Zubringer Appenzellerland samt Umfahrung Herisau. «Sobald sie reif sind, sollten wir die beiden Projekte gemeinsam im Bundesparlament forcieren.»

Die Thurgauer seien jedoch alleine vorgeprescht.

Fässler hatte der Priorisierung der BTS im Nationalrat noch zugestimmt – «aus regionalpolitischer Sympathie». Aber bei genauerer Betrachtung sei das Vorhaben eben noch nicht bereit. «Es soll auf gleicher Ebene behandelt werden wie andere Projekte, etwa der Autobahnzubringer Appenzellerland.»

Auch aus Rechsteiners Sicht ist massgebend, dass die BTS-Strecke erst 2020 an den Bund übergeht. Die Strasse komme daher erst für die nachfolgenden Ausbauschnitte in Frage. Ohne Wirkung sei die politische Intervention der Thurgauer dennoch nicht: «Der Bund hat die BTS nun sicher auf dem Radar.»

Das Nationalstrassengeschäft geht jetzt zur Differenzbereinigung zurück an den Nationalrat. Eine erneute Kehrtwende zugunsten der BTS ist unwahrscheinlich.



Brigitte Häberli-Koller, Thurgauer CVP-Ständerätin. Bild: KEY



Daniel Fässler, Innerrhoder CVP-Ständerat. Bild: KEY



Paul Rechsteiner, St. Galler SP-Ständerat. Bild: KEY

Steinach stolpert über die Autos

Kohlendioxid-Ranking In der Energiestadt am See staunt man über das Ranking: Ein Treibhausgas-Ausstoss viermal grösser als in Buchs? «Das kommt unerwartet», sagt Gemeindepräsident Roland Brändli.

Er ist Vorbild, hat eines seiner Autos verkauft und fährt seither im Dreieck Rorschach-Romanshorn-St. Gallen nur noch mit dem E-Bike: Ausgerechnet Gemeindepräsident Roland Brändli findet sich mit Steinach nun beim kantonalen Kohlendioxid-Ranking auf dem letzten Platz, dabei spielen die Emissionen beim Verkehr wohl die entscheidende Rolle, wie Berechnungen des kantonalen Baudepartements zeigen.

Steinach liegt mit 7,2 Tonnen CO₂-Ausstoss pro Einwohner und Beschäftigte auf dem letzten, dem 77. Platz. Zum Vergleich: Beim Klimaschutz-Musterknaben Buchs sind es «nur» 1,96 Tonnen (Ausgabe vom 6. Juni). Als Ursache wird für Steinach die hohe Zahl immatrikulierter Fahrzeuge vermutet. Der Blick in die

kantonale Statistikdatenbank zeigt, dass hier im vergangenen Jahr 599 Fahrzeuge auf 1000 Einwohner registriert waren, quer über den Kanton sind es 556. Der Verkehr macht 48 Prozent des Treibhausgas-Ausstosses im Kanton aus, die Haushalte sind für 34 und Industrie und Gewerbe für 18 Prozent verantwortlich.

Zieht man die Verkehrsemissionen ab, findet sich Steinach auf Platz 40, bei den Haushalten auf Platz 31 und bei der Auswertung von Industrie und Gewerbe auf Rang 53. Kurz: Die Bodensee-gemeinde glänzt in keiner Kategorie, was den Ausstoss von Treibhausgasen angeht.

«Das schlechte Rankingresultat kommt sehr unerwartet und erwischt uns auf dem linken

Fuss», gibt Brändli unumwunden zu. Er nimmt's sportlich: «Jetzt haben wir klare Aussagen. Die Energiekommission wird das sehr genau anschauen.» Steinach, 2014 als Energiestadt ausgezeichnet und 2018 erfolgreich re-zertifiziert, galt bisher als Vorzeigemodell, was den Klima- und



Gemeindepräsident Roland Brändli. Bild: Jolanda Riedener

Umweltschutz angeht – mit dem Einverständnis der Bürger unterwegs zur 2000-Watt-Gesellschaft. Davon war die Gemeinde 2017 laut den Berechnungen des Kantons allerdings noch um das Fünffache entfernt.

Stolz auf Solarstrom, Hoffen auf Fernwärmenetz

Immerhin: «Wir haben beim Energiestadt-Label einen grossen Sprung bei der Umsetzung der Massnahmen gemacht», sagt Brändli. Stolz ist Steinach auf seine Solarstrom-Produktion – mit 501 Kilowattstunden pro Person liegt die Gemeinde deutlich über dem kantonalen Durchschnitt (294). 2017 wurden 14 Prozent des Haushalt- und Gewerbestromes durch 68 Fotovoltaikanlagen produziert. 2017 hatte Steinach

3568 Einwohner – der Pro-Kopf-Verbrauch bei der sogenannten Endenergie lag bei 58 806 Kilowattstunden; das Kantonsmittel bei 26 404 Kilowattstunden.

Brändli setzt auf das Fernwärmenetz Arbon-Steinach-Roggwil. Es erstreckt sich heute schon über weite Gebiete von Steinach und versorgt Industriebetriebe, öffentliche Bauten sowie Wohnbauten mit Wärmeenergie. Bis in fünf Jahren soll es um einen Drittel wachsen – derzeit werden die Leitungen gebaut. «Wir werden damit viele Heizöl- und Gasheizungen ersetzen können», sagt Brändli: «Das wird unser Ranking verbessern.»

Christoph Zweili
christoph.zweili@tagblatt.ch